Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 8

Artikel: Peking hat das Programm schon gekündigt

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076646

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Beiträge zur Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Diktatur

5. Jahrgang, Nr. 8 | Erscheint alle zwei Wochen | BERN, 15. April 1964

Peking hat das Programm schon gekündigt

Während Chruschtschew alle Mühe hat, die ihm ergebenen Parteien für die Idee einer Weltkonferenz der KP's zu gewinnen, die den Ausschluss Chinas aus dem «sozialistischen Lager» proklamieren müsste, steht Pekings Stellungnahme zur Frage eines endgültigen Bruchs durchaus fest: Es hat dem gemeinsamen Programm der kommunistischen Weltbewegung gekündigt, das bisher stets von sämtlichen Unterzeichnern als verbindlich betrachtet worden war. Es handelt sich um die Moskauer Erklärungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960, die in Ermangelung einer organisatorischen Einheit offiziell die Linie des «Weltkommunismus» darstellen. Peking hat die Revision dieser Linie verlangt, indem es die Absätze über den «Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus» verurteilt und eine Neufassung auf Grund von Konsultationen fordert. Damit hat — was auch in Osteuropa auf die Dauer zur Kenntnis genommen werden muss — die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) die Brücken hinter sich schon abgerissen. Die Frage ist nur noch, wann und in welcher Form Chruschtschew die Konsequenzen daraus ziehen kann und muss.

Der Gedanke einer Weltkonferenz der kommunistischen Parteien ist vom Zentralkomitee der sowjetischen Partei (KPdSU) bereits am 15. Februar gutgeheissen worden. Aber der diesbezügliche Bericht des sowjetischen Ideologen Michael Suslow wurde erst am 3. April veröffentlicht. Die Zwischenzeit hatte nämlich ergeben, dass die Vermittlungsversuche «in letzter Minute» (durch Rumänien) gescheitert waren. Der 31. März brachte die erwähnte Absage Pekings an die Moskauer Texte, verbunden mit einer gewollt unwiderruflich tönenden Verdammung Chruschtschews persönlich.

Peking: Seit September auf den Bruch hin

«Die proletarische Revolution und der Revisionismus von Chruschtschew» lautet der Titel des neuen Angriffs in der Pekinger Volkszeitung («Renmin Ribao») und der Armeezeitung Rote Fahne («Honqi»). Die Polemik war die achte in einer Reihe von Veröffentlichungen der gleichen Quellen, wobei die ganze Serie als Antwort auf den «offenen Brief» vom Zentralkomitee der KPdSU vom 14. Juli letzten Jahres formuliert ist. Die erste diesbezügliche Verlautbarung war am 6. September 1963 erschienen («Ursprung und Entwicklung der Divergenzen zwischen der KPdSU-Führung und uns»), die vorletzte am 4. Februar dieses Jahres («Die Führer der KPdSU — die grössten Spalter unserer Zeit»). Peking legt also Wert auf eine gründliche Abrechnung. Aber nicht nur das, die acht Dokumente weisen überdies einen stets gesteigerten Ton der Provokation auf, ein Hinweis darauf, dass die KPCh seit einem guten halben Jahr zielbewusst auf den Bruch hinarbeitet.

Im Unterschied zu den gesamthaften Darstellungen des sino-sowjetischen Konflikts (auf die in einzelnen Teilen zurückgegriffen wird) beschränkt sich der neue Angriff im wesentlichen auf einen ideologischen Aspekt: auf den Nachweis, dass Chruschtschews Politik in Theorie und Praxis sich mit der revisionistischen Abweichung decke, die von den kommunistischen Parteien verurteilt wurde. Dazu wird mit umfangreichen Belegen die Parallelität der Chruschtschewschen Ideologie mit den von Lenin verdammten historischen Revisionisten Bernstein und Kautsky hervorgehoben. Ferner wird Chruschtschew auf eine Linie mit den zeitgenössischen Revisionisten Browder (ehemaliger Führer der amerikanischen Kommunistischen Partei, nach dem Krieg aus der KP ausgeschlossen) und Tito gebracht.

Diese ideologischen Vorwürfe sind aber nur scheinbar blasser als die früheren Hinweise auf Grenzverletzungen, Unruhestiftungen und andere krasse Punkte der machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen China und der Sowjetunion. In Wirklichkeit hat Peking mit seiner neuen Erklärung die Basis gelegt, um sich vom gegenwärtig gültigen Programm der kommunistischen Weltbewegung zu distanzieren. Die Absage, die denn auch mit der Forderung nach einer Neufassung der damaligen Texte erfolgt, stellt denn auch das «fait accompli» dar: den Bruch mit dem Weltprogramm.

Weltkommunismus auf Papier

Worin besteht heute überhaupt das kommunistische Weltprogramm? Bis 1956 hatte die kommunistische Weltbewegung noch ihre organisatorische Form in der sogenannten Kominform (Kommunistisches Informationsbüro), der 1947 von Stalin gegründeten 5. Internationale. Chruschtschew löste sie im Zuge der Liquidierung der stalinistischen Erbschaft auf, nicht zuletzt auch deshalb, um Jugoslawien, das 1948 von der Kominform in Acht und Bann erklärt worden war, den Weg zurückzuebnen. Seither ist das kommunistische Weltprogramm offiziell durch zwei Erklärungen der «kommunistischen und Arbeiterparteien» definiert. Sie wurden im Anschluss an entsprechende Konferenzen aller KP's 1957 und 1960 in Moskau abgefasst und sind von sämtlichen Beteiligten bis heute als verbindlich betrachtet worden.

Nun ist es im Verlauf der sino-sowjetischen Dispute immer klarer geworden, dass beide Texte auf einen Kompromiss zwischen unterschiedlichen Vorschlägen der KPdSU und der KPCh (Kommunistische Partei Chinas) beruhten. Peking hat mit grösstem Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen, dass es nur aus Rücksicht auf die Einigkeit des «sozialistischen Lagers» unterzeichnet hat. Immerhin hat sich die KPCh — wie alle andern kommunistischen Parteien — bisher zu dieser Grundlage bekannt, ja sogar mit allem Nachdruck darauf beharrt, die 1957 und 1960 festgelegte Linie im Unterschied zur Sowjetunion beibehalten zu haben. Ueberhaupt warfen sich die streitenden Parteien gegenseitige Untreue zu den Erklärungen vor, ohne diese selbst anzugreifen. Dies wäre ja einer Kündigung an das Weltprogramm und praktisch einem Selbstausschluss aus der Weltbewegung gleichgekommen.

Und genau darauf hat es nun Peking ankommen lassen. In seiner Veröffentlichung vom 31. März erfolgt eine Distanzierung zur mitunterzeichneten Erklärung, weil diese unter sowjetischem Druck im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus entstanden sei. Peking fordert eine Neufassung der Stellen, die sich mit dem «friedlichen Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus» befassen, da praktisch doch

IN DIESER NUMMER:

Kommunismus am Scheideweg

Der Konflikt Moskau–Peking 1–4

Maos Propagandamittel 5

Chruschtschew stellt Landwirtschaft um 6/7

«Uruguay — Chinesen» I/II

nur der gewaltsame Uebergang — die bewaffnete Machtergreifung — in Frage komme. Zur Abänderung des Textes wird eine neue Weltkonferenz gefordert.

Das läuft, wie gesagt und betont, auf eine Kündigung des bisher immer und von allen Beteiligten anerkannten Vertrages der kommunistischen Parteien heraus. Was hat Peking zu diesem Schritt veranlasst, der einem Selbstausschluss so nahe kommt?

Die Antwort liegt vielleicht in einer einfacher formulierten Gegenfrage: Was könnte Peking mit diesem Schritt anderes bezwecken, als Moskau zu zwingen, den Bruch in der Weltbewegung anzuerkennen und seinerseits zu vollziehen?

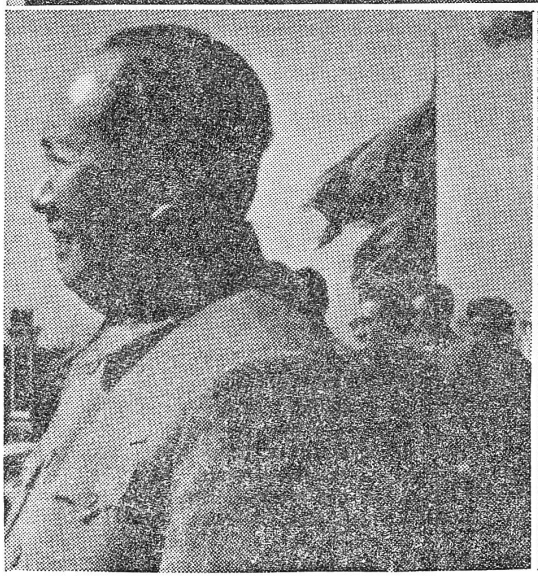
Die grosse Herausforderung

Tatsächlich wird diese Deutung unterstützt durch eine zielbewusste, gesteigerte Provokation in den chinesischen Verlautbarungen seit letzten Sommer. Die erwähnte Publikation ist die achte in einer Reihe, die am 6. September 1963 begann. Alle umfangreichen Beiträge sind offiziell als Antwort auf den «offenen Brief» des KPdSU-Zentralkomitees vom 14. Juli 1963 (gegen die Spaltertätigkeit der KPCh) bezeichnet, alle erscheinen als Dokumente sowohl in der Pekinger «Volkszeitung» und in der Armeezeitung «Rote Fahne». Im Verlauf der Serie wurden alle Themen des sowjetischen «Verrats» an der kommunistischen Sache aufgegriffen, einschliesslich der sino-sowjetischen Grenzzwischenfälle, der Unruhen in Sinkiang, der Moskauer Unterstützung Indiens gegen China, der angeblichen sowjeto-amerikanischen Zusammenarbeit.

Im Dokument Nr. 7 (vom 4. Februar dieses Jahres) der beharrlichen Antwortreihe stehen die herausfordernden Sätze: «*Von uns den Verzicht auf Antwort zu verlangen, da wir noch nicht zehn Artikel in Antwort auf eure 2000 Artikel (gemeint sind antichinesische Pressebeiträge, die in China laufend numeriert werden) publiziert haben, ja nicht einmal mit der Antwort auf den Offenen Brief des KPdSU-Zentralkomitees fertig sind, entspricht das dem Grundsatz der Gleichheit zwischen Bruderparteien? Ihr, die ihr so viel und so lange geredet habt, ihr werdet ungeduldig, ihr fühlt euch am Ende, und ihr wollt uns nicht mehr hören. Aber wir beginnen erst zu reden...*»

Und dann steigerte sich der Hohn zum «Zeig's uns doch, wenn du dich traust!»: «*In der sowjetischen Regierungserklärung vom 21. September 1963 habt ihr gesagt, falls die Chinesen die Auseinandersetzung fortsetzen, ‚müssen sie sich darüber Rechenschaft geben, dass sie dabei auf die entschlossenste Gegenwehr der KPdSU und des gesamten sowjetischen Volkes stossen werden'. Ehrlich gesagt, seit dem 21. September warten wir neugierig darauf, zu sehen, in was diese ‚entschlossenste Gegenwehr' bestehen soll.*»

Peking rechnet anscheinend darauf, dass Moskau eine solche Verhöhnung drastisch beantworten müsse. Aber noch wollte sich Chruschtschew nicht auf unwiderrufliche Konsequenzen einlassen. Und so ist die KPCh denn einen Schritt weitergegangen, als sie noch im Februar vorgesehen hatte. Am 4. Februar hatte Peking nämlich der belgischen KP mit aller Entrüstung angekreidet, dass sie Widersprüche innerhalb der Erklärung von 1960 festgestellt hatte. Jetzt tut das die KPCh selber und verlangt erst noch die Revision des Textes.



1954 (oben) — 1964 (unten)

K und seine Jünger

Was kann Moskau darauf überhaupt tun? Chruschtschew verurteilte während seines Ungarnbesuches die chinesische Partei mit allen Ausdrücken, die zur Verdammung von Häretikern denkbar sind: Den Chinesen wurden Rassismus, Grossmachtchauvinismus, Spaltertum, Trotzkismus, Kriegslüsternheit und natürlich alle Arten von Verleumdungen vorgeworfen.

Aber organisatorisch — wenn man so sagen darf — ging Chruschtschew nicht weiter. Was ist denn mit dieser Weltkonferenz, die Suslow befürwortet? Wird sie stattfinden, und wenn ja, in welcher Form?

Nun hat Chruschtschew im Gegensatz zum «chinesischen Lager» Mühe, seine Satelliten um sich zu scharen. Von den 14 kommunistischen Staaten sind vier im dogmatischen Lager: China, Nordkorea, Nordvietnam und Albanien. Ihre Front ist eindeutig und geschlossen (die bis vor kurzem geäusserte Zweifel bezüglich Nordvietnam sind heute nahezu verstimmt). Auf der andern Seite aber gibt es deutlich getrennte Gruppen. Die eine steht klar zu Chruschtschew. Sie umfasst die Sowjetunion (wo die Abrechnung mit der Molotow-Gruppe veröffentlicht wurde, um den einheitlichen nationalen Willen ganz eindeutig zu manifestieren), die sowjetische Besatzungszone Deutschlands (wo Ulbricht gerade als Stalinist auf die Unterstützung Chruschtschews angewiesen ist), die Tschechoslowakei, Bulgarien und die Mongolische Volksrepublik.

Die zweite Gruppe, bestehend aus Ungarn und Polen. Beide bekennen sich zur Chruschtschewschen Politik, zögern aber, den Bruch mit dem chinesischen Lager unwiderruflich werden zu lassen. Polen insbesondere scheint seine ehemalige Vermittlerrolle noch nicht ganz vergessen zu haben.

Die dritte Gruppe würde von Rumänien und Kuba gebildet, die ihre guten Beziehungen zu China noch keineswegs aufgegeben haben. Rumänien wird in der ZK-Sitzung von heute, Mittwoch, Stellung nehmen. Aber sie wird wahrscheinlich immer noch Sowohl-als-auch-Elemente enthalten.

Jugoslawien schliesslich ist ein Fall für sich. Tito, der Revisionist par excellence, steht natürlich auf Seiten der Sowjetunion gegen China, möchte aber doch soviel wie möglich Bewegungsfreiheit behalten.

Bewegungsfreiheit

Liegt nicht in der Bewegungsfreiheit der Volksdemokratien überhaupt ein wichtiges Argument für die gegenwärtige unklare Linie bei manchen Satelliten, die es gerne immer weniger würden. Die Konsolidierung des Sowjetblocks gegen China bedingt straffere Disziplin und Unterordnung in den eigenen Reihen. Gerade das, was den Staaten, die allmählich Geschmack an eine gewisse nationale Selbständigkeit bekommen, ausgesprochen wider den Strich gehen muss.
Gleiche Schwierigkeiten bestehen übrigens in den westlichen KP's. Von der Seite Thorez aus, im gewichtigen Frankreich, bekommt zwar Chruschtschew bedingungslose Unterstützung zugesichert. Dafür aber wartet die noch gewichtigere KP Italiens, wenigstens was die «Weltkonferenz» angeht, immer noch zu. Und Parteiführer Togliatti ist gerade im Moment krank. Zufall?

Wartet man auf den Nachfolger?

Chruschtschew wird am Freitag 70 Jahre alt. Und das mag die KP-Führer zum Ueberlegen reizen. Nicht nur, was die Verdienste Chruschtschews in der Vergangenheit und Gegenwart angeht. Man muss gelegentlich mit seinem Abtreten rechnen. Und man weiss nicht, was dann kommt. Auch das zwingt alle Parteien zur Vorsicht. Denn sie haben ihre Erfahrungen bezüglich Frontwechsel.

Chinas Standpunkt

(Aus dem Text vom 31. März)

«Unser Kampf gegen den Revisionismus Chruschtschews»

«Als Chruschtschew vor dem 20. KPdSU-Kongress (1956, Anm.) erstmals den ‚parlamentarischen Weg' (zur kommunistischen Machtübernahme, Anm.) aufzeigte, erachtete dies die Kommunistische Partei Chinas als schweren Irrtum, als Bruch mit den grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus, als etwas absolut Unannehmbares.

Aber da der Revisionismus Chruschtschews noch in seinen Anfängen war, da die KPdSU-Führer noch keine offenen Polemiken provoziert hatten, enthielten wir uns während einer gewissen Zeit der öffentlichen Denunzierung und Kritik... (In sowjetischer Sicht ist die KPCh mit ihrer seit 1960 offenen Kritik an der KPdSU von ihrer eigenen Linie abgewichen. Anm.) Immerhin haben wir unsererseits in unsern Dokumenten und Veröffentlichungen die marxistisch-leninistischen Gesichtspunkte im Gegensatz zu dieser irrtümlichen These positiv dargestellt. Darüber hinaus haben wir den unumgänglichen und angemessenen Kampf gegen sie (Chruschtschews These) anlässlich von Besprechungen und Treffen zwischen den Bruderparteien aufgenommen...»

Die chinesische Haltung anlässlich der kommunistischen Weltkonferenzen von 1957 und 1960 wird ähnlich geschildert wie in der Veröffentlichung von «Renmin Ribao» vom 6. September. Die Thesen der KPCh, die 1957 dem KPdSU-ZK überreicht wurden, sind im Anhang wiederum beigegeben und werden im Text zitiert. Bezüglich des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus heisst es dort:

> *«Es ist vom taktischen Gesichtspunkt her nützlich, den Wunsch nach Verwirklichung des friedlichen Uebergangs zu äussern, aber die Möglichkeit eines solchen Uebergangs sollte besser nicht überbetont werden... Das wesentliche Problem betrifft den Staatsapparat, anders gesagt die Zerstörung des alten Staatsapparates (hauptsächlich der Streitkräfte) und die Errichtung des neuen Staatsapparates (hauptsächlich der Streitkräfte)...*
>
> *Die sozialistischen Parteien sind nicht wirklich sozialistisch. Mit Ausnahme einiger linker Flügel stellen sie lediglich eine Variante der bourgeoisen Parteien dar. Bezüglich der sozialistischen Revolution unterscheidet sich unsere Stellung drastisch von der ihren. Wir dürfen diese Trennungslinie nicht verwischen.»*

«Dies sind (noch heute) unsere Ansichten, und sie stimmen ganz und gar mit dem Marxismus-Leninismus überein...

Anlässlich der Konferenz der Bruderparteien von 1960 hatte die KPCh-Delegation erneut zahlreiche und heftige Auseinandersetzungen mit der KPdSU-Delegation bezüglich der gleichen Frage vom friedlichen Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Wir haben Chruschtschews revisionistische Ansichten vollständig blossgelegt und widerlegt. Während der Konferenz konnten die chinesischen und sowjetischen Parteien zu keiner Verständigung gelangen, da jede an ihrem Standpunkt festhielt. In Anbetracht des allgemeinen Wunsches der Bruderparteien nach einer gemeinsamen Erklärung als Konferenzergebnis machte schliesslich die KPCh-Delegation erneut Konzessionen zu diesem Punkt, einmal mehr dem Bedürfnis der KPdSU-Führung Rechnung tragend. Wir haben unser Einverständnis zur unveränderten Uebernahme der fraglichen Abschnitte aus der Erklärung von 1957 in die Erklärung von 1960 gegeben. Gleichzeitig haben wir (aber) auf dieser Konferenz die Thesen verteilen lassen, welche die Kommunistische Partei Chinas zum Problem des friedlichen Ueberganges am 10. November 1957 formuliert hatte. Und wir haben darauf hingewiesen, es sei das letzte Mal, dass wir die Schwierigkeiten der KPdSU-Führer berücksichtigen würden.

Wenn Genossen der Ansicht sind, wir hätten nicht recht daran getan, der KPdSU-Führung Konzessionen einzuräumen, so nehmen wir ihre Kritiken gerne an.

Da die Formulierung zum Problem des friedlichen Uebergangs in beiden Erklärungen (von 1957 und 1960, Anm.) auf dem Projekt der KPdSU und in einigen Stellen auf der Erklärung vom 20. KPdSU-Kongress beruht, weist sie also trotz einiger Verkittungen ernsthafte Schwächen und Irrtümer auf. Beide Dokumente behaupten, dass in einer gewissen Anzahl kapitalistischer Länder die Machtübernahme ohne Bürgerkrieg erfolgen könne, obwohl darauf hingewiesen wird, dass die herrschenden Klassen ihre Macht nicht freiwillig abgeben. (Beide Dokumente) versichern, es sei möglich, eine solide Parlamentsmehrheit zu erringen und dieses in ein Instrument des werktätigen Volkes zu verwandeln, wenn sie auch gleichzeitig die Entwicklung des Massenkampfes ausserhalb des Parlaments empfehlen, um die Widerstandskräfte der Reaktion zu brechen. Und wo sie (beide Dokumente) auf den nicht friedlichen Uebergang zu sprechen kommen, beharren sie nicht auf das allgemeine Gesetz, dass es sich um eine gewaltsame Revolution handelt. Die KPdSU-Führung hat sich genau dieser Schwächen und Irrtümer bedient, um dem Revisionismus Chruschtschews seinen Platz (im kommunistischen Weltprogramm, Anm.) zu geben.»

Im folgenden Abschnitt wird die entscheidende Konsequenz aus dem Gesagten gezogen. Es handelt sich um die erstmalige direkte Absage an die beiden Moskauer Erklärungen von 1957 und 1960.

«Es ist unsere Pflicht, feierlich zu erklären, dass die Kommunistische Partei Chinas ihre Stellungnahme zur Formulierung der Erklärungen von 1957 und 1960 über die Frage des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus immer beibehalten hat. Wir haben unsern Standpunkt niemals verborgen. Im Interesse der proletarischen Weltrevolution und um den Revisionisten jede Möglichkeit zur Ausbeutung dieser Dokumente von programmatischem Wert für alle Bruderparteien zu nehmen, bestehen wir darauf, dass diese Formulierung auf Grund der revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus und durch Konsultation zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien abgeändert werden muss.»

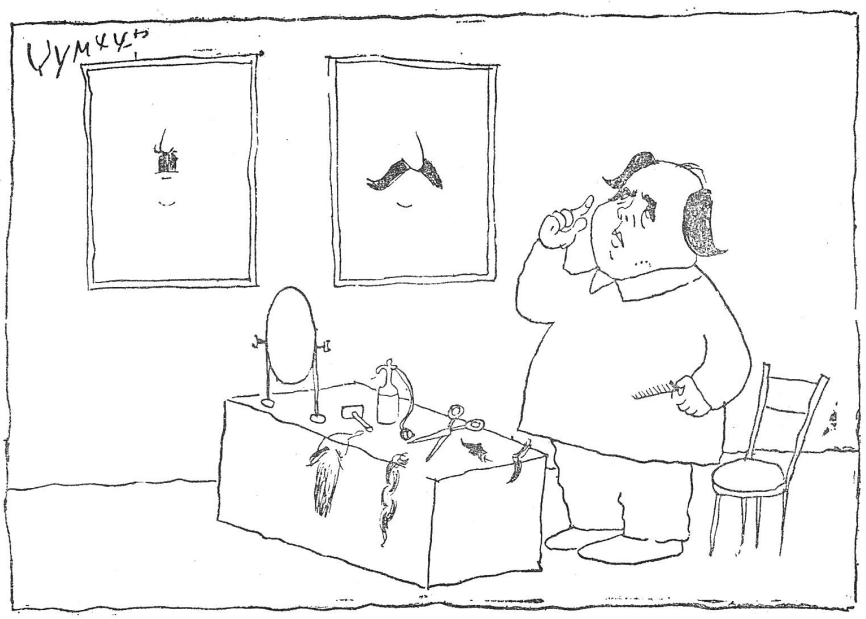
Der Text enthält noch eine Reihe von aufschlussreichen Bemerkungen zur Geschichte und Gegenwart. Wir geben einige davon unter eigenen Stichworten wieder.

In der Tschechoslowakei kam der Kommunismus dank Waffengewalt zur Macht

«Sie (die KPdSU-Führer) versichern, dass die tschechoslowakische Arbeiterklasse ‚die Macht durch friedliche Mittel ergriffen' habe. Das ist eine weitere absurde Geschichtsfälschung. In der Tschechoslowakei wurde die volksdemokratische Macht während des antifaschistischen Krieges (der bis 1941 im Zeichen des deutsch-sowjetischen Paktes stand, Anm.) begründet und nicht friedlich aus den Händen der Bourgeoisie erhalten. Während des Zweiten Weltkrieges leitete die Kommunistische Partei das Volk im Partisanenkrieg und in den bewaffneten Aufständen gegen die Faschisten (die grösste Partisanenaktion, das Attentat auf Heydrich, wurde von London aus organisiert, Anm.). Mit Hilfe der sowjetischen Armee konnte sie (die KP) die faschistischen deutschen Truppen und die Macht ihrer Lakaien vernichten, eine Koalitionsregierung der Nationalen Front errichten, die ihrem Wesen nach eine volksdemokratische Diktatur unter Leitung des Proletariates war, das heisst eine der Formen, unter denen die Diktatur des Proletariates ausgeübt wird.

Im Februar 1948 planten die Reaktionäre im Innern — unterstützt von den amerikanischen Imperialisten — einen konterrevolutionären Staatsstreich und bereiteten sich auf eine bewaffnete Rebellion zum Sturz der Volksmacht vor. Aber unter Leitung der kommunistischen Partei stellte die Regierung sofort die Armee in Bereitschaft und organisierte gleichzeitig die Massen zu bewaffneten Manifestationen, auf diese Art das bourgeoise Komplott zur Wiedereinführung der Konterrevolution zum Scheitern bringend...»

Die sowjetische These von der friedlichen Machtübernahme in der CSSR gründet sich zunächst auf die Wahlen von 1946, bei denen die Kommunisten einen Wahlsieg, rund 40 Prozent der Stimmen, ohne Einheitsliste zustande brachten — ein immer wieder zitierter Ausnahmefall. Die eigentliche Machtübernahme im Februar 1948 erfolgte allerdings eher gemäss der Pekinger These — wenn man vom Geschwätz über die geheimnisvolle Verschwörung der «Konterrevolutionäre» absieht — durch einen bewaffneten kommunistischen Staatsstreich, der die Alleinherrschaft der KP nach gewaltsamer Ausmerzung der Opposition zur Folge hatte.



Mao Tse-tung (vor dem Schnurrbart Hitlers und dem Schnauz Stalins): «Alle Chinesen müssen sich nach mir richten. Fragt sich nur noch, nach wem ich mich richten will.» (Karikatur «Politika», Belgrad.) Bereits sind die Chinesen wegen ihrer Rassenpolitik vom sowjetischen Delegierten an der afro-asiatischen Konferenz in Algier «Nachfolger der Nazis» genannt worden.

Togliattis Pläne dienen dem Monopolkapitalismus

«In den kapitalistischen Ländern zeigt sich die Entwicklung einer revisionistischen Strömung vor allem darin, dass die Führer gewisser kommunistischer Parteien die marxistisch-leninistische Linie verlassen und die Linie des ‚friedlichen Uebergangs' verkünden. Das eigentliche Muster dieser Linie ist Togliattis Theorie der ‚Strukturreformen'. Diese nimmt sich vor, dem Proletariat die Staatsführung auf dem gesetzlichen Weg der bourgeoisen Demokratie zu sichern und die sozialistische Umwandlung der Volkswirtschaft durch ‚Nationalisierungen'... usw. zu verwirklichen, die dem Monopolkapital dienen. Das läuft auf die Behauptung heraus, man könne sozialistische Produktionsverhältnisse schaffen und den Uebergang zum Sozialismus verwirklichen, ohne den bourgeoisen Staatsapparat zu zerstören. Das heisst den Kommunismus zur Degenerierung in Sozialdemokratie bringen.»

Frankreich — ein imperialistisches Land

«In Frankreich sind die Bestände des stehenden Heeres von 650 000 Mann 1934 auf 740 000 Mann 1963 angewachsen, die Bestände von Polizei und Sicherheitstruppen von 80 000 Mann 1934 auf über 120 000 Mann 1963
Die andern imperialistischen Länder und die kapitalistischen Länder im allgemeinen haben ausnahmslos ihre Armee- und Polizeistreitkräfte beträchtlich verstärkt.»

Dulles und Chruschtschew

(Der ehemalige amerikanische Staatssekretär) «Dulles erklärte in einer Rede vom 21. Juni 1956, bis dahin seien alle sozialistischen Staaten ‚durch Gewalt' errichtet worden. Er fügte bei: ‚Jetzt, da die sowjetischen Führer auf Gewalt zu verzichten erklären..., begrüssen wir diese Evolution.' Als getreuer Verteidiger des kapitalistischen Systems verstand Dulles sehr wohl die wichtige Rolle der Gewalt im Klassenkampf und begrüsste den Verzicht auf gewaltsame Revolution, wie ihn Chruschtschew verkündete...»

Legalität führt zu nichts

«Die Ereignisse seit dem Zweiten Weltkrieg zeigen ebenfalls, dass die Führer einer kommunistischen Partei zu nichts kommen und schliesslich die revolutionäre Sache begraben werden, wenn sie sich dem ‚parlamentarischen Weg' anvertrauen und vom ‚parlamentarischen Kretinismus' befallen sind, diesem unheilbaren Uebel...

Die KPCh hat während der Revolution auf zwei Fronten gekämpft. Sie hat die Rechtsabweichung des Legalismus bekämpft und ebenso die ‚Linksabweichung' des Illegalismus. Sie hat richtigerweise die legalen und illegalen Kämpfe kombiniert... Wir haben die gesetzlichen Möglichkeiten ausgiebig genutzt, uns gleichzeitig aber strikte an die Parteiregeln bezüglich der Untergrundarbeit gehalten...»

Unterstützung des Verbots der algerischen KP

«Die Führer der Kommunistischen Partei Algeriens haben, dem Taktstock Chruschtschews und der französischen Parteiführer gehorchend, die revisionistische Linie, die sich dem bewaffneten Kampf widersetzt, vollständig angenommen. Aber das algerische Volk wollte davon nichts wissen, bekämpfte entschieden den Imperialismus, kämpfte für die nationale Befreiung und zwang nach siebenjährigem Befreiungskrieg schliesslich die französische Regierung zur Anerkennung seiner Unabhängigkeit. Anderseits hat die Kommunistische Partei Algeriens auf der revisionistischen Linie der KPdSU-Führung das Vertrauen des Volkes und ihren Platz im politischen Leben Algeriens verloren.»

(Damit heisst Peking das Verbot der Kommunistischen Partei in Algerien gut, ein Vorgehen, das bis dahin präzedenzlos war.)

Chruschtschew — der grösste Kapitulationist der Geschichte

«...In den imperialistischen und kapitalistischen Staaten predigt er (Chruschtschew) die Kapitulation vor der reaktionären Klasse, in den sozialistischen Ländern ermutigt er die Entwicklung der kapitalistischen Kräfte...
Das sind die Gründe, weshalb er alle Revisionisten von gestern und heute übertrifft... Der Revisionist Chruschtschew, auch er schreckgelähmt durch die Kriegshysterie des amerikanischen Imperialismus, glaubt, dass die ‚Arche Noah' — die Erde — jeden Augenblick von Zerstörung bedroht ist. Er hat die Hoffnung auf die Zukunft der Menschheit vollständig verloren. Vor allem dem nationalen Egoismus unterworfen, fürchtet er, die Revolution unterdrückter Klassen und Nationen könne ihm Ungelegenheiten bereiten: er widersetzt sich also mit allen Mitteln jeglicher Revolution und geht dabei bis zur Erstickung der Volksrevolution, wie er es in Uebereinstimmung mit dem amerikanischen Imperialismus im Kongo gemacht hat. So denkt er, erstens kein Risiko einzugehen und zweitens mit dem amerikanischen Imperialismus die Welt in Einflusssphären zu teilen. Zwei Fliegen auf einen Schlag, nicht? Aber in Wirklichkeit zeigt das lediglich, dass Chruschtschew der grösste Kapitulationist der Geschichte ist. Die Anwendung dieser Politik wird unvermeidlich der Sowjetunion unabsehbaren Schaden zufügen.

Wie konnte der Chruschtschew-Revisionismus in der UdSSR entstehen, einem seit Jahrzehnten sozialistischen Land? Das ist nichts so Erstaunliches. Denn in jedem sozialistischen Land braucht die Frage, ob der Sozialismus oder der Kapitalismus obenauf bleibt, eine lange historische Periode, um allmählich gelöst zu werden. Solange noch Ueberreste von kapitalistischen Kräften und die Klassen weiterbestehen, bleibt die Gesellschaft auch ein günstiger Nährboden zur Entstehung des Revisionismus.»

«Chruschtschew gibt vor, in der Sowjetunion seien die Klassen liquidiert, die Gefahr einer Wiederherstellung des Kapitalismus bestehe nicht länger, und der Aufbau des Kommunismus habe begonnen. Das sind nichts weiter als Lügen.

In Wirklichkeit sind in der Sowjetgesellschaft die kapitalistischen Kräfte entfesselt. Sie ergiessen sich wütend in alle Gebiete der Politik, der Wirtschaft, der Kultur, der Ideologie u. a. Tatsächlich zeigt sich die Entfesselung der kapitalistischen Kräfte in der revisionistischen Herrschaft Chruschtschews selbst, in seiner öffentlichen Verkündigung, der Sowjetstaat habe seine Natur verändert und sei keine Diktatur des Proletariats mehr, in der falschen innen- und aussenpolitischen Linie, die er befolgt. Der soziale Ursprung des Chruschtschewschen Revisionismus ist eben in jenen kapitalistischen Kräften zu suchen, die in der Sowjetunion in voller Ausbreitung sind.

Der Revisionismus Chruschtschews vertritt die Interessen dieser kapitalistischen Kräfte und hat sich in ihren Dienst gestellt. Er wird also niemals dem sowjetischen Volk den Kommunismus bringen können. Die Errungenschaften des Sozialismus sehen sich schwer bedroht, denn er (Chruschtschew) hat der Restauration des Kapitalismus das Tor weit geöffnet... Acht Jahre erst sind seit dem 20. Kongress der KPdSU vergangen. In dieser kurzen Periode hat der Revisionismus Chruschtschews bereits der Sowjetunion und der revolutionären Sache des internationalen Proletariats beträchtlichen und ernsten Schaden zugefügt.

Es ist jetzt hohe Zeit, ihn zu verdammen und zu liquidieren!